

Wie die ostdeutsche Industrie ihre Standortbedingungen sieht	239
Das Einkommen der freiberuflichen Zahnärzte 1994: Wirkung des Gesundheitsstrukturgesetzes läßt nach	247

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 15/96

Berlin

11. April 1996

Stäglich

63. Jahrgang

Wie die ostdeutsche Industrie ihre Standortbedingungen sieht

Ergebnisse einer Umfrage

Das DIW hat anhand einer im Frühjahr/Sommer 1995 durchgeführten Unternehmensbefragung untersucht, welche Standortfaktoren die Unternehmen der ostdeutschen Industrie für wichtig halten und wie sie ihre eigenen Standortbedingungen bewerten. Deutliche Diskrepanzen in der Einschätzung zeigen sich insbesondere zwischen großen und kleinen Unternehmen sowie zwischen solchen, die lokale Märkte und denjenigen, die überregionale Märkte bedienen. Auch in regionaler Hinsicht gibt es zum Teil Unterschiede in der Bewertung der Standortbedingungen. Insgesamt wird dem Standort Ostdeutschland kein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Gleichwohl werden Defizite wahrgenommen; bemängelt werden vor allem die Höhe der Energiepreise und der kommunalen Abgaben sowie die Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltung.

Fragestellung und Methode

Die Erneuerung der wirtschaftlichen Basis in den neuen Bundesländern ist in den sechs Jahren seit der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion weit vorangekommen. Unverkennbar sind aber auch die noch bestehenden Rückstände. Sie zeigen sich in vielfältiger Weise: auf makroökonomischer Ebene, in regionaler und sektoraler Hinsicht sowie in Anpassungsdefiziten bei Unternehmen und staatlichen Institutionen¹. Insgesamt sind die neuen im Vergleich zu den alten Bundesländern immer noch ein ökonomisch schwaches Gebiet. Je Einwohner und je Erwerbstätigen wird nur etwas mehr als die Hälfte an Wirtschaftsleistung erbracht. Die zweifellos größte Schwachstelle ist der Besatz mit Industrie. Die Betriebe in den neuen Bundesländern tragen lediglich 6 bis 7 vH zur gesamten deutschen Industrieproduktion bei; der Bevölkerungsanteil der neuen Bundesländer liegt beim Dreifachen. Ohne eine breitere industrielle Basis wird aber die übrige Wirtschaft nur schlecht vorankommen, und ohne sie wird es Ostdeutschland schwerlich gelingen, seine Position im interregionalen Gütertausch so weit zu stärken, daß die hohen Nettotransfers aus dem Westen zurückgeführt werden können.

Nachdem die Systemtransformation weitgehend abgeschlossen ist, bleibt als Aufgabe für die Wirtschaftspolitik vor allem, einen Rahmen zu schaffen, der für das Wachstum bestehender Unternehmen und für die Gründung neuer Unternehmen förderlich ist. Da zudem Investoren nun nicht mehr durch die Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe angezogen werden können, muß auf andere Weise dafür gesorgt werden, daß sich auswärtige Unternehmen für ein Engagement in Ostdeutschland entscheiden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Standortbedingungen in Ostdeutschland beschaffen sind und welche Mängel noch behoben werden müssen.

¹ Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, und das Institut für Weltwirtschaft, Kiel, haben unter Mitarbeit des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle im Rahmen ihrer regelmäßigen Berichterstattung für das Bundesministerium für Wirtschaft vielfach die Rückstände belegt. Eine Zusammenfassung findet sich im letzten Bericht. Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft, Institut für Wirtschaftsforschung Halle: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Dreizehnter Bericht. In: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 256/257 und Forschungsreihe des IWH, Nr. 2, 1995 sowie — als Kurzfassung — Wochenbericht des DIW, Nr. 27-28/1995.

Abbildung 1

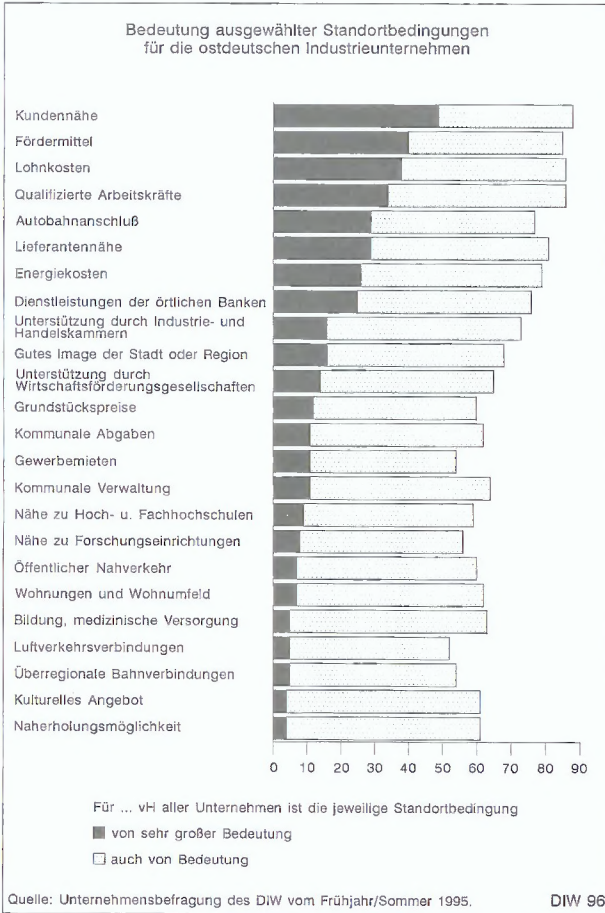
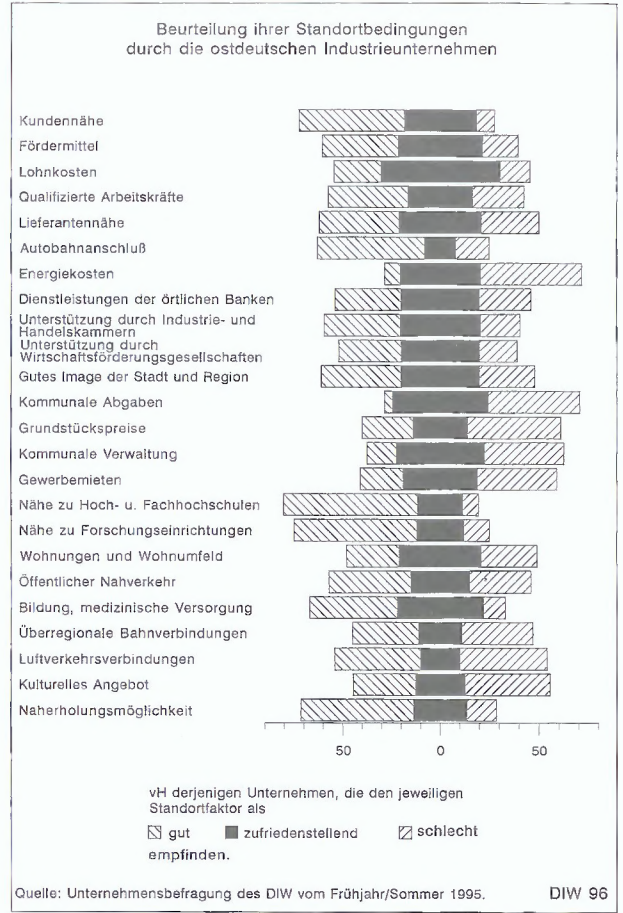


Abbildung 2



Antworten darauf gibt eine im Frühjahr/Sommer des letzten Jahres durchgeführte Unternehmensbefragung des DIW². Bei der Erhebung wurde unter anderem erfaßt, welche Standortfaktoren für die Unternehmen wichtig sind und wie sie die jeweiligen Gegebenheiten an ihrem Standort bewerten. Ermittelt wurden also nicht objektive Tatbestände, sondern subjektive Einschätzungen seitens der Unternehmensleitungen, die nicht in jedem Fall den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen müssen. Gleichwohl hat die Untersuchung einen Erkenntniswert, denn es darf angenommen werden, daß die Einschätzungen der Unternehmen zum einen für diese handlungsrelevant sind und daß sie zum anderen Multiplikatoreffekte entfalten können. Zudem ist es anhand der Umfrageergebnisse möglich, die einzelnen Standortfaktoren in eine Rangordnung nach ihrer Bedeutung für die Unternehmen zu bringen.

Befragungsergebnisse

Marktnähe

Am häufigsten wird — von der Hälfte der befragten Industrieunternehmen — die *Nähe zu den Kunden* als bedeutender Standortfaktor angesehen, und kaum eines davon

bewertet in dieser Hinsicht die eigenen Standortbedingungen als schlecht. Unter den kleinen Unternehmen, die generell besonders stark auf lokale Märkte orientiert sind, findet sich diese Auffassung besonders häufig. Aber auch ein erheblicher Teil der größeren Unternehmen sieht seinen Standort hinsichtlich der Kundennähe als günstig an. In den einzelnen Industriezweigen wird diese Ansicht vor allem in der Steine- und Erden-Industrie, den Druckereien, dem Stahl- und Leichtmetallbau sowie in der Ernährungsindustrie vertreten. Die Betriebe dieser Branchen haben vielfach nur einen geringen Absatzradius, da sie transportkostenintensive oder solche Güter herstellen, für deren Verkauf sehr kurze Lieferwege unerlässlich sind. In den übrigen Wirtschaftszweigen gibt es ebenfalls einen erheb-

² An der Erhebung hatten etwa 2 800 Unternehmen teilgenommen, die rund 180 000 Arbeitskräfte beschäftigten. Ob es sich bei diesen um einen für die gesamte ostdeutsche Industrie repräsentativen Kreis von Unternehmen handelt, läßt sich nicht beantworten, da es keine Informationen über die Grundgesamtheit gibt. Wichtige Ergebnisse aus dieser Umfrage wurden bereits vorgestellt. Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft, Institut für Wirtschaftsforschung Halle: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. U.a. in: Wochenbericht des DIW, Nr. 27-28/1995.

lichen Teil von Unternehmen, denen Kundennähe wichtig ist. Diese Ergebnisse bestätigen einmal mehr, daß die vergleichsweise stark von kleinen und mittelgroßen Unternehmen geprägte ostdeutsche Industrie in großem Umfang auf den Absatz in den neuen Bundesländern (und in die daran angrenzenden Gebiete der alten Bundesländer) ausgerichtet ist³.

Deutlich weniger häufig als die kurze Distanz zu den Kunden wird *Lieferantennähe* als ein wichtiger Standortfaktor empfunden. Gleichwohl ist ihre Bedeutung nicht gering; für knapp 30 vH der befragten Unternehmen hat sie einen hohen Stellenwert. Diese stellen im Schnitt ebenfalls — was die Bezugsmöglichkeiten anbelangt — ihrem Standort eher ein gutes Zeugnis aus. Vor allem sind es die auf die Märkte in ihrer Region ausgerichteten Unternehmen, die an der Nähe zu Lieferanten ein großes Interesse haben.

Fördermittel

Subventionen haben der Umfrage zufolge für die ostdeutschen Industrieunternehmen im Durchschnitt eine hohe Bedeutung. Sie sind vor allem für die im überregionalen Wettbewerb stehenden größeren Unternehmen von Interesse. Von diesen werden die Förderungsbedingungen in Ostdeutschland zumeist als günstig angesehen. Das kann angesichts der hohen Subventionen nicht überraschen. Kleine Unternehmen dagegen, und insbesondere diejenigen, die nur im regionalen Rahmen tätig sind, empfinden Subventionen weniger häufig wichtig; zudem sind sie mit der praktizierten Förderung weniger zufrieden als die großen Betriebe. Möglicherweise rührt diese Einstellung daher, daß ihnen die Subventionslandschaft zu wenig transparent und der Aufwand bei der Beantragung von Fördermitteln zu groß erscheint. Ein weiterer Grund könnte sein, daß die Subventionen diesen Unternehmen kaum Vorteile auf dem Markt verschaffen, da sie vielfach Güter herstellen, die im wesentlichen nur lokal gehandelt werden, und ihre wichtigsten Konkurrenten ebenfalls in den Genuß der Förderung kommen.

Produktionskosten

Ebenfalls groß (knapp 40 vH) ist der Anteil derjenigen Unternehmen, für die die *Lohnkosten* ein bedeutender Standortfaktor sind. Wie nicht anders zu erwarten, sind auch sie vor allem für große und im überregionalen Wettbewerb stehende Unternehmen von Interesse. Bei der Bewertung des Lohnniveaus gehen die Meinungen weit auseinander. Insgesamt ist die Zahl derjenigen Unternehmen, die bei den Löhnen Vorteile des Standorts Ostdeutschland sehen, etwas größer als die Gruppe derer, die das Lohnniveau als Nachteil ihres Standortes ansehen. Der größte Teil der Unternehmen nimmt allerdings eine mittlere Position ein und bewertet die Lohnkosten als „zufriedenstellend“. Dieses Muster findet sich in nahezu allen Teilen der ost-

deutschen Industrie. Aus dem Rahmen fallen im wesentlichen nur die Unternehmen in den größeren Städten, insbesondere diejenigen im Ostteil Berlins. Von diesen werden die Lohnkosten überwiegend als zu hoch empfunden. Anzunehmen ist, daß die Auswahl an alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten für die Arbeitskräfte in Ballungszentren vergleichsweise groß ist und daher die Löhne hier in den letzten Jahren besonders rasch anzogen⁴.

Die Einschätzungen über die Lohnkosten scheinen nicht zu der Tatsache zu passen, daß die Lohnstückkosten in den neuen Bundesländern im Durchschnitt noch deutlich höher als in Westdeutschland sind. Dabei ist aber zu bedenken, daß die Abweichung vom Mittelwert in Ostdeutschland außergewöhnlich groß ist. So existieren einerseits noch viele Unternehmen, die sich mit ihrer geringen Produktivität und den zu zahlenden Löhnen nur schwer gegenüber der Konkurrenz behaupten können. Andererseits gibt es zahlreiche Betriebe mit vergleichsweise hoher Produktivität, die kaum höhere oder sogar geringere Lohnstückkosten als vergleichbare Unternehmen im Westen haben.

Gleichwohl ist es erstaunlich, daß das Lohnniveau in Ostdeutschland nur von einer Minderheit der Unternehmen eindeutig als ein Standortnachteil aufgefaßt wird — zumal andere, früher veröffentlichte Ergebnisse aus derselben Umfrage zeigen, daß die meisten Unternehmen die Löhne als eine erhebliche Belastung im Wettbewerb empfinden⁵. Möglicherweise ist dieser Widerspruch auf wechselnde Sichtweisen und Bewertungsmaßstäbe bei einer großen Zahl der Befragten zurückzuführen. Im Hinblick auf die eigene Kostensituation empfinden sie die Höhe der Löhne in den neuen Bundesländern als ein schwerwiegendes Problem. Bei der Bewertung ihrer Standortbedingungen abstrahieren sie von ihrer Kosten-Produktivitätsrelation: Sie vergleichen ihr Lohnniveau mit den Gegebenheiten andernorts und wohl vor allem mit denen in Westdeutschland, wo die Löhne höher als in den neuen Bundesländern sind⁶.

Fast durchgängig negativ werden die *Energiepreise* bewertet, die für immerhin ein Viertel aller Unternehmen ein bedeutender Standortfaktor sind. Die Kritik an zu hohen Energiekosten zieht sich durch alle Segmente der ostdeutschen Industrie. Überdurchschnittlich häufig ist sie

³ Ebenda, S. 486 ff.

⁴ So lagen nach Angaben der amtlichen Statistik im Ostteil Berlins — dem einzigen hochverdichteten Gebiet der früheren DDR, für das einschlägige Daten vorliegen — im April letzten Jahres die Bruttoverdienste der Angestellten der Industrie um ein Fünftel und die der Industriearbeiter um ein Achtel über dem ostdeutschen Durchschnitt.

⁵ Ebenda, S. 479 ff.

⁶ Für diese Annahme spricht, daß in der Umfrage fast zwei Drittel derjenigen Unternehmen, die die raschen Lohnsteigerungen als ein für sie großes Problem ansahen, das Lohnniveau in Ostdeutschland nicht als Standortnachteil empfanden, sondern es als zufriedenstellend einstufen.

Tabelle 1

Die für ostdeutsche Industrieunternehmen wichtigen Standortfaktoren

Standortfaktor	Alle Unternehmen	Unternehmen mit ... Beschäftigten				Unternehmen, deren Hauptkonkurrenten ansässig sind ...				Unternehmen, ...		
		bis zu 19	20 bis 49	50 bis 199	200 und mehr	in der näheren Umgebung	in der näheren Umgebung und anderswo in den neuen Bundesländern	in den alten Bundesländern und/oder im Ausland	überall	von deren Umsatz 80 vH und mehr auf Kunden in ihrer näheren Umgebung ¹⁾ in den neuen Bundesländern entfallen	von deren Umsatz mehr als 20 vH und weniger als 66 vH auf Kunden in den alten Bundesländern und im Ausland entfallen	von deren Umsatz 66 vH und mehr auf Kunden in den alten Bundesländern oder im Ausland entfallen
... vH der Unternehmen der jeweiligen Gruppe sehen den Standortfaktor als sehr wichtig an												
Kundennähe	49	51	46	46	43	72	63	38	49	66	45	30
Fördermittel	40	32	40	46	54	27	35	45	41	32	45	45
Lohnkosten	38	32	38	41	55	28	30	42	39	32	41	44
Angebot an qualifizierten Arbeitskräften	34	27	35	39	48	28	30	37	34	28	37	40
Lieferantennähe	29	28	28	30	19	40	25	25	30	51	28	23
Autobahnanschluß	29	23	28	35	43	21	26	32	31	26	31	33
Energiekosten	26	20	27	30	37	23	23	27	27	26	25	28
Dienstleistungen der örtlichen Banken	25	21	27	27	26	22	24	27	25	25	27	26
Unterstützung durch Industrie- und Handelskammern	16	16	16	16	8	15	15	17	15	16	16	16
Gutes Image der Stadt oder Region	16	15	17	15	17	17	16	15	17	18	17	14
Unterstützung durch Wirtschaftsförderungsgesellschaften	14	13	14	16	12	12	13	15	15	13	17	15
Kommunale Abgaben	12	11	13	14	7	11	9	11	15	13	14	11
Grundstückspreise	12	13	9	11	8	13	11	11	12	12	12	11
Qualität der kommunalen Verwaltung	11	9	11	10	20	13	12	9	12	14	10	8
Gewerbemieten	11	15	9	8	7	12	12	11	11	14	11	9
Nähe zu Hoch- und Fachhochschulen	9	9	8	8	19	5	4	13	8	6	9	13
Nähe zu Forschungseinrichtungen	8	7	8	7	13	3	4	11	6	5	8	11
Wohnungen und Wohnumfeld	7	6	8	6	13	8	6	7	7	7	6	8
Öffentlicher Nahverkehr	7	7	7	8	7	8	7	7	8	7	8	7
Bildungseinrichtungen, medizinische Versorgung	5	4	6	6	8	4	5	5	6	5	7	5
Überregionale Bahnverbindungen	5	3	4	6	16	3	4	6	6	3	6	7
Luftverkehrsverbindungen	5	3	5	7	12	3	2	7	4	3	5	7
Kulturelles Angebot	4	3	4	5	9	2	4	5	5	4	4	4
Naherholungsmöglichkeit	4	4	5	4	7	3	4	4	4	4	5	4

¹⁾ Einschließlich naher Gebiete Westdeutschlands und Westberlins.

Quelle: Unternehmensbefragung des DIW vom Frühjahr 1995.

Tabelle 2

Beurteilung der Standortbedingungen durch die ostdeutschen Industrieunternehmen¹⁾

Standortfaktor	Alle Unternehmen	Unternehmen mit ... Beschäftigten				Unternehmen, deren Hauptkonkurrenten ansässig sind ...				Unternehmen, ...		
		bis zu 19	20 bis 49	50 bis 199	200 und mehr	in der näheren Umgebung	in der näheren Umgebung und anderswo in den neuen Bundesländern	in den alten Bundesländern und/oder im Ausland	überall	von deren Umsatz 80 vH und mehr auf Kunden in ihrer näheren Umgebung ²⁾ oder in den neuen Bundesländern entfallen	von deren Umsatz mehr als 20 vH und weniger als 66 vH auf Kunden in den alten Bundesländern und im Ausland entfallen	von deren Umsatz 66 vH und mehr auf Kunden in den alten Bundesländern oder im Ausland entfallen
Index ³⁾ : 10 = gut, 0 = zufriedenstellend, -10 = schlecht												
Kundennähe	4,4	4,3	5,0	4,1	13,8	6,4	5,8	3,2	4,0	5,9	3,8	1,1
Fördermittel	2,2	1,0	1,6	3,8	3,6	-0,4	1,3	2,8	2,3	0,9	2,7	2,9
Lohnkosten	0,9	2,0	0,3	0,2	0,1	1,3	0,0	0,9	0,9	0,6	0,6	1,2
Angebot an qualifizierten Arbeitskräften	1,4	0,7	-0,3	2,6	5,7	0,3	-2,3	2,6	1,0	-0,2	1,9	2,3
Lieferantennähe	2,5	2,6	2,6	1,9	2,4	3,7	3,0	1,8	2,3	3,6	1,8	0,8
Autobahnanschluß	2,7	2,8	2,0	2,6	4,4	5,3	2,6	2,4	2,2	2,8	3,7	1,5
Energiekosten	-4,3	-4,6	-4,7	-4,0	-3,4	-4,2	-1,9	-5,0	-4,1	-3,2	-4,8	-5,2
Dienstleistungen der örtlichen Banken	0,8	-0,8	1,0	2,3	3,7	1,0	0,8	0,9	0,7	0,9	0,8	0,9
Unterstützung durch Industrie- und Handelskammern	1,9	0,8	1,6	3,5	5,4	0,0	-1,9	3,1	1,8	0,8	1,4	3,3
Gutes Image der Stadt oder Region	2,2	2,2	2,1	2,8	1,5	2,5	1,0	2,8	1,5	2,4	3,1	0,5
Unterstützung durch Wirtschaftsförderungsgesellschaften	0,5	-1,0	-0,1	1,8	5,9	-1,6	-1,9	1,8	0,0	-1,0	0,6	1,9
Kommunale Abgaben	-4,2	-4,3	-4,7	-3,9	-2,5	-5,1	-5,3	-4,1	-3,9	-4,0	-4,7	-3,2
Grundstückspreise	-2,0	-3,0	-3,0	-0,5	2,1	-2,4	-5,2	-2,7	-2,2	-2,7	-3,1	-0,3
Qualität der kommunalen Verwaltung	-2,6	-3,3	-2,6	-2,4	-0,9	-4,8	-2,1	-1,7	-0,6	-2,3	-2,0	-3,7
Gewerbemieten	-1,8	-1,7	-3,0	-0,5	-2,7	-2,1	.	-2,0	-2,1	-1,7	-2,7	-1,7
Nähe zu Hoch- und Fachhochschulen	6,2	6,8	5,1	6,1	6,6	6,4	.	6,6	5,6	4,9	6,8	6,6
Nähe zu Forschungseinrichtungen	5,0	5,9	4,5	3,9	5,5	.	.	5,5	4,9	4,5	5,5	5,6
Wohnungen und Wohnumfeld	-0,3	2,6	-1,2	-2,1	-2,4	2,4	.	-0,7	-0,6	1,2	-0,3	-1,7
Öffentlicher Nahverkehr	1,3	1,8	2,7	0,6	-0,8	1,9	.	1,0	1,7	1,4	2,8	-0,4
Bildungseinrichtungen, medizinische Versorgung	3,3	2,2	5,0	3,3	1,5	2,5	.	3,9	2,6	2,2	5,0	2,9
Überregionale Bahnverbindungen	-1,0	-1,0	-3,2	-1,6	2,0	.	.	-0,3	-3,1	-1,0	-1,5	-0,6
Luftverkehrsverbindungen	0,9	1,6	0,7	0,7	0,0	.	.	1,5	-0,3	1,0	1,1	0,8
Kulturelles Angebot	-1,1	-0,3	-2,5	-0,3	-1,1	.	.	0,0	-2,5	-0,8	0,7	-4,1
Naherholungsmöglichkeit	4,3	5,3	2,6	6,4	4,3	.	.	4,4	2,6	5,6	4,7	2,5

¹⁾ Unternehmen, für die die jeweilige Standortbedingung „sehr wichtig“ ist. — ²⁾ Einschließlich naher Gebiete Westdeutschlands und Westberlins. — ³⁾ Arithmetisches Mittel der Bewertungen.

Quelle: Unternehmensbefragung des DIW vom Frühjahr 1995.

unter den im überregionalen Wettbewerb stehenden Unternehmen zu finden, insbesondere unter den Betrieben des Maschinenbaus und der Elektroindustrie sowie in energieintensiven Branchen wie der Chemie- und der Kunststoffindustrie. Tatsächlich liegen die Energiepreise in den neuen Bundesländern im Schnitt über denen in Westdeutschland⁷. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Versorgungsunternehmen den Intentionen des zwischen der Bundesregierung und der letzten DDR-Regierung geschlossenen Stromvertrages gerecht werden und die Tarife auf das westdeutsche Niveau senken. Weil in den alten Ländern der dort bisher zu zahlende Kohlepfennig seit Jahresbeginn nicht mehr erhoben wird, scheint dies besonders geboten.

Über dem westdeutschen Niveau liegen teilweise auch die *kommunalen Gebühren*. Das ist unter anderem Folge der notwendigen Modernisierungsinvestitionen in die Infrastruktur. Dabei wurde allerdings nicht selten über das Ziel hinausgeschossen, und es wurden Überkapazitäten geschaffen, die sich — wie bei der Abwasserentsorgung — in hohen Preisen niederschlagen. Dementsprechend negativ fällt das Urteil der Unternehmen über die kommunalen Abgaben aus.

Angebot an qualifizierten Arbeitskräften

Von großem Interesse ist für viele Industrieunternehmen — einem Drittel — die Verfügbarkeit von Fachkräften. Besonders häufig legen die von der Treuhandanstalt privatisierten Betriebe sowie — generell — die größeren Unternehmen darauf Wert. Diese sehen überwiegend in dem Angebot an qualifizierten Arbeitskräften einen Standortvorteil. Die kleinen Unternehmen sind dagegen weniger mit dem Fachkräfteangebot zufrieden. Diese Diskrepanz dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß die größeren und privatisierten Betriebe in der Regel über genug Fachkräfte verfügen und einige von ihnen sogar noch Personalüberhänge haben, während nicht wenige der kleinen Unternehmen die Beschäftigung ausweiten wollen und Probleme haben, Facharbeiter, Meister oder Angestellte mit den benötigten Qualifikationen zu finden. Verglichen mit der gesamten Beschäftigung in der ostdeutschen Industrie ist die Zahl der schwer zu besetzenden freien Stellen indes gering⁸.

Verkehrsinfrastruktur

Auch die Verkehrsverbindungen werden von einem erheblichen Teil der Unternehmen als ein wichtiger Standortfaktor angesehen. Von Interesse ist im wesentlichen aber nur ein guter *Autobahnanschluß*; der *öffentliche Nahverkehr*, die *überregionalen Bahnverbindungen* und der *Luftverkehr* sind dagegen nur für wenige Unternehmen von großer Bedeutung. Wie nicht anders zu erwarten, legen die großen, auf überregionalen Märkten tätigen Unternehmen besonders häufig Wert auf gute Verkehrsanschlüsse; unter den kleinen, auf den lokalen Absatz ausgerichteten Betrieben ist das deutlich weniger der Fall.

Insgesamt überwiegt die Zahl derjenigen Unternehmen, die der Verkehrsinfrastruktur in ihrem Gebiet ein gutes Zeugnis ausstellen. Das gilt allerdings nicht für die überregionalen Bahnverbindungen. Mit dem Autobahnanschluß, dem öffentlichen Nahverkehr und den Luftverkehrsverbindungen sind sie dagegen überwiegend zufrieden. Gleichwohl gibt es nicht wenige Unternehmen, die auch hier eine Verbesserung der Standortbedingungen für erforderlich halten. Diese finden sich vor allem in den wenig verdichteten Gebieten; die Unternehmen in den größeren Städten beurteilen dagegen die Verkehrsinfrastruktur überwiegend als positiv. Unterschiede gibt es auch hinsichtlich der einzelnen Länder. So sind die Brandenburger und die Ostberliner Unternehmen mit den Verkehrsverbindungen weitaus zufriedener als die Unternehmen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen.

Image der Stadt oder Region

Nicht unerheblich für den erfolgreichen Absatz von Gütern ist das Image ihres Herkunftsortes auf den überregionalen Märkten. Nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion fiel der Verkauf mancher ostdeutscher Waren auch deshalb schwer, weil ihnen der Makel „Ostprodukt“ anhaftete. Wohl nicht zuletzt wegen dieser Erfahrung mißt jedes sechste Unternehmen dem Ansehen seiner Region eine große Bedeutung zu. Hier scheinen inzwischen die Imageprobleme weitgehend ausgeräumt zu sein, denn die Zahl derjenigen Unternehmen, die ihrer Region ein gutes Ansehen bescheinigen, liegt in der Umfrage deutlich höher als die Zahl derer, die es als schlecht bezeichnen. Dabei schätzen die Betriebe im Eigentum westdeutscher oder ausländischer Muttergesellschaften das Image sogar positiver ein als die eigenständigen ostdeutschen Unternehmen — möglicherweise deshalb, weil sie gegenüber diesen Vorsprünge im Marketing haben.

Banken, Kammern, Wirtschaftsförderungsgesellschaften und kommunale Verwaltung

Für jedes vierte Unternehmen ist ein gutes *Dienstleistungsangebot der Banken vor Ort* eine wichtige Rahmenbedingung. Es überwiegen zwar die positiven Urteile, gleichwohl ist die Zahl der mit den Banken unzufriedenen Unternehmen nicht gering. Sie finden sich vor allem unter den kleinen, nach der Wende gegründeten Unternehmen — wohl nicht zuletzt deshalb, weil diese häufig über wenig Eigenkapital verfügen⁹ und es ihnen daher schwerfällt, die Banken zur Vergabe von Krediten zu bewegen. Dies

⁷ Vgl. Bundesverband der Energie-Abnehmer: Bundes-Strompreisvergleich II/1995 für Sonderkunden elektrischer Energie, Hannover 1995 (als Manuskript vervielfältigt).

⁸ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, a.a.O., S. 483.

⁹ Ebenda, S. 481.

dürfte freilich kein ostdeutsches Spezifikum sein, sondern ein Problem, das diese Gruppe von Unternehmen generell hat.

Die *Unterstützung durch Industrie- und Handelskammern* ist für ein Sechstel aller Unternehmen und insbesondere für die kleinen Unternehmen wichtig. Diese sehen sich allerdings im Durchschnitt weniger gut von ihrer Kammer vertreten als die mittleren und großen Unternehmen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Beurteilung der *Wirtschaftsförderungsgesellschaften*; hier liegen die Ansichten von kleinen und von großen Unternehmen noch weiter auseinander als hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Kammern. Dies wirft die Frage auf, ob die Kammern und Wirtschaftsförderungsgesellschaften tatsächlich die Interessen von großen Unternehmen besser vertreten als die von kleinen, oder ob die kleinen Unternehmen zum Teil besondere Ansprüche an die Kammern und Wirtschaftsförderungsgesellschaften stellen, die diese nur schwer erfüllen können. Diese Frage läßt sich hier nicht beantworten. Auffallend ist allerdings, daß die Arbeit der Kammern und insbesondere die der Wirtschaftsförderungsgesellschaften von den Unternehmen — auch von den kleinen — regional unterschiedlich bewertet werden. So schneiden die Wirtschaftsförderungsgesellschaften in Thüringen und in Mecklenburg-Vorpommern gut, die in Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt dagegen vergleichsweise schlecht ab.

Eindeutig fällt das Urteil über die Qualität der *kommunalen Verwaltung* aus, die insgesamt von jedem neunten Betrieb — besonders häufig von großen Unternehmen — als wichtiger Standortfaktor angesehen wird. Mit ihr sind alle Teile der ostdeutschen Industrie unzufrieden. Dieses Ergebnis deckt sich mit früheren Befunden des DIW¹⁰. Besonders schlecht wird die Tätigkeit der kommunalen Verwaltung von den Unternehmen in den ländlichen Gebieten bewertet, aber auch in den größeren Städten und in den Ballungszentren wird die öffentliche Verwaltung überwiegend kritisiert.

Hochschulen und Forschungseinrichtungen

Die Ausstattung einer Region mit *Hoch- und Fachhochschulen* sowie mit *außeruniversitären Forschungseinrichtungen* wird allgemein als ein wichtiger Standortfaktor angesehen, weil sie den Unternehmen vor Ort Impulse für die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren geben können und weil sie ein Reservoir sind, aus dem die Unternehmen akademisch ausgebildetes Personal rekrutieren können. Entsprechend ist für die Landesregierungen und zahlreiche Kommunen die Forschungs- und Technologiepolitik ein zentrales Element ihrer Wirtschaftspolitik. Von den ostdeutschen Industrieunternehmen räumen allerdings nicht sehr viele (9 bzw. 8 vH) der Nähe zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen einen hohen Stellenwert ein. Vergleichsweise häufig wird die Nähe zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen in technologieintensiven, von größeren Unternehmen dominierten Zweigen wie der Che-

mieindustrie, dem Maschinenbau und der Elektroindustrie als wichtig angesehen. Für die kleinen Unternehmen ist dagegen die Hochschul- und Forschungsinfrastruktur in der Regel kaum von Belang¹¹. Die Gegebenheiten am eigenen Standort werden vom weitaus größten Teil der Unternehmen positiv bewertet, lediglich die Unternehmen in den ländlichen Gebieten sehen überwiegend Defizite. Entsprechend sind die Unternehmen im dünn besiedelten Mecklenburg-Vorpommern mit der Hochschul- und Forschungsinfrastruktur wenig zufrieden.

Grundstückspreise und Gewerbemieten

Die *Grundstückspreise* und die Mieten für *Gewerberäume* werden ebenfalls nur von einem kleinen Teil der Unternehmen (11 vH bzw. 9 vH) als Standortfaktoren eingestuft, die von großer Bedeutung sind. Zu bedenken ist hierbei, daß die Unternehmen den Immobilienpreisen und -mieten im wesentlichen nur dann Aufmerksamkeit schenken, wenn sie aktuell Flächen suchen oder wenn sie ihr Gewerbe in gemieteten Räumen betreiben.

Erwartungsgemäß sind die Mieten für Gewerberäume vergleichsweise häufig für kleine Unternehmen ein Thema, insbesondere für diejenigen Unternehmen, die erst nach der „Wende“ gegründet worden sind und die in größeren Städten und in den Kernen von Ballungszentren angesiedelt sind. Ähnliches gilt hinsichtlich der Grundstückspreise; diese werden allerdings auch in den gering verdichteten Regionen nicht selten als eine wichtige Standortbedingung empfunden.

In den großen Städten werden die Grundstückspreise von den Unternehmen meist als zu hoch eingestuft, während sie in den ländlich geprägten Regionen überwiegend als akzeptabel beurteilt werden. Die Mieten für Gewerberäume werden dagegen sowohl in den größeren Städten als auch in den wenig verdichteten Räumen als zu hoch angesehen. Offensichtlich ist auch hier das Angebot an vermietbaren Gewerberäumen nicht sehr groß. Vor allem klagen kleine und neugegründete Betriebe über zu hohe Grundstückspreise und über zu hohe Mieten für Gewerbeimmobilien — im Gegensatz zu den großen Unternehmen, die offenbar interregionale Vergleiche anstellen und die in den Grundstückspreisen in ihrer Region zumeist einen Standortvorteil sehen.

Soziale Infrastruktur

Nur sehr wenige der befragten Unternehmensvertreter sehen diejenigen Standortbedingungen als wichtig an, die

¹⁰ Ebenda, S. 481 ff.

¹¹ Das gilt nicht für die kleinen Unternehmen des Maschinenbaus, der Elektroindustrie und der feinmechanischen und optischen Industrie; in diesen Zweigen sieht ein Siebtel (Maschinenbau), ein Fünftel (Elektroindustrie) und ein Drittel (Feinmechanik/Optik) der Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten die Hochschul- und Forschungslandschaft als wichtigen Standortfaktor an.

für ihre eigene sowie für die Lebensqualität ihrer Mitarbeiter und deren Familien entscheidend sind — also *die Wohnungssituation, die Bildungseinrichtungen, die medizinische Versorgung, das kulturelle Angebot und die Naherholungsmöglichkeiten*. Ausnahmen sind große Unternehmen sowie Betriebe im Besitz westdeutscher oder ausländischer Muttergesellschaften. Sie dürften auf diese Standortfaktoren deshalb ein vergleichsweise großes Gewicht legen, weil sie nicht selten auf hochqualifizierte Mitarbeiter angewiesen sind, die oftmals auf ein attraktives Lebensumfeld achten. Diese Unternehmen wie auch solche kleineren Unternehmen, die der sozialen Infrastruktur Bedeutung zumessen, stufen die Naherholungsmöglichkeiten, die Bildungseinrichtungen und die medizinische Versorgung in ihrer Umgebung im Durchschnitt als gut ein. Hinsichtlich der Wohnqualität halten sich Kritik und positive Bewertung in etwa die Waage. Das kulturelle Angebot wird insgesamt zumeist als unzureichend empfunden. In den Zentren von Ballungsgebieten sind die Unternehmen allerdings mit dem kulturellen Angebot überwiegend zufrieden. Dort werden auch die Naherholungsmöglichkeiten, die Wohnqualität ebenso wie die Bildungseinrichtungen und die medizinische Versorgung deutlich besser als andersorts beurteilt. Unterschiede zeigen sich dementsprechend auch bei der Aufteilung der Unternehmen nach Ländern: An dem einen Ende der Skala stehen die im Ostteil Berlins ansässigen Unternehmen; sie bewerten die soziale Infrastruktur dort mit großer Mehrheit positiv. Am anderen Ende befinden sich die Betriebe im stark ländlich geprägten Mecklenburg-Vorpommern, die in dieser Hinsicht — die Naherholungsmöglichkeiten ausgenommen — an ihren Standorten zumeist Defizite ausmachen.

Zusammenfassung

Nähe zu den Absatzmärkten, Subventionen, Lohnkosten und die Verfügbarkeit von Fachkräften sind der Umfrage zufolge die für die ostdeutschen Industrieunternehmen vorrangigen Standortfaktoren. Daneben gibt es eine Reihe weiterer Rahmenbedingungen, von denen einige, wie die Nähe zu den Lieferanten, ein guter Autobahnanschluß, die Energiekosten und die Dienstleistungen der örtlichen Banken, von einer beachtlichen Zahl der Unternehmen als wichtig angesehen werden. Andere Faktoren sind nur für wenige Unternehmen von Interesse.

Zum Teil weichen die Ansichten über die Relevanz einzelner Standortfaktoren erheblich voneinander ab. Deutliche Unterschiede bestehen vor allem zwischen kleinen und größeren Unternehmen. Zu einem erheblichen Teil sind sie darauf zurückzuführen, daß die kleinen vielfach Produkte für lokale Märkte herstellen, die großen Unternehmen dagegen stärker im überregionalen Wettbewerb stehen.

So ist bei den kleinen Betrieben die Kundennähe der herausragende Standortfaktor. Bei den großen stehen dagegen mehrere Standortfaktoren im Vordergrund: die Lohnkosten, die Subventionen und das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften, dicht gefolgt von den Energiekosten und der Kundennähe. Daß sie vielfältigere Ansprüche an die Qualität eines Standortes stellen als die kleinen Unternehmen, zeigt sich auch hinsichtlich der Verkehrsinfrastruktur, der Ausstattung einer Region mit Hochschul- und Forschungseinrichtungen, der Qualität der kommunalen Verwaltung sowie der sozialen Infrastruktur. Insgesamt sind die großen Betriebe mit ihren Standortbedingungen auch häufiger zufrieden als die kleinen. Diese üben an einer Reihe von Sachverhalten Kritik, die allerdings wohl zum Teil nicht auf Standortnachteile zurückzuführen sind, sondern Ausdruck spezifischer Probleme der Unternehmen selbst sind. Zu diesen Problemen zählt sicherlich die Kapitalschwäche kleiner Unternehmen, und es ist daher nicht verwunderlich, daß sie oftmals Schwierigkeiten haben, von Banken die erforderlichen Kredite zu erhalten. Deshalb wird von ihnen die Unterstützung durch die Banken vergleichsweise häufig als unzureichend empfunden. Hinzu kommt, daß von den kleinen Unternehmen nicht selten das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften als nicht ausreichend und die Grundstückspreise als zu hoch empfunden werden. Zudem sind sie mit den Subventionen weniger zufrieden als die großen.

Generell werden von den Unternehmen in Ostdeutschland die Energiekosten, die kommunalen Abgaben und die Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltungen als Standortnachteile empfunden. Insofern ist das Meinungsbild eindeutig. Zwiespältig sind indes die Anschauungen über die Lohnkosten. Größtenteils als vorteilhaft werden die übrigen Standortbedingungen angesehen.

Insgesamt wird die Standortqualität Ostdeutschlands keineswegs als ungünstig eingeschätzt. Dies ist freilich auch nicht zu erwarten gewesen, da das Bild der ostdeutschen Industrie in starkem Maße durch Betriebe im Eigentum von Unternehmen aus dem Westen geprägt wird, und diese in der Regel vor ihren Investitionsentscheidungen die Standortvor- und -nachteile der neuen Bundesländer gegeneinander abgewogen haben dürften. Trotz des insgesamt positiven Urteils — das möglicherweise zu einem Teil von der zur Zeit der Befragung günstigen Konjunktur beeinflusst wurde, kann und muß noch einiges zur Verbesserung der Standortbedingungen in Ostdeutschland getan werden. In dieser Hinsicht ist nach den Ergebnissen der Erhebung allerdings nicht allein die Bundesregierung gefordert; ein erheblicher Teil der noch zu bewältigenden Aufgaben fällt den regionalen Instanzen und nach wie vor der Lohnpolitik zu.

Das Einkommen der freiberuflichen Zahnärzte 1994: Wirkung des Gesundheitsstrukturgesetzes läßt nach

1994 übten in Deutschland rund 48 000 Zahnärzte¹ eine freie Berufstätigkeit aus, davon vier Fünftel im alten und ein Fünftel im neuen Bundesgebiet. Für zahnärztliche Behandlung und Prothetik wendeten die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung — bei ihnen sind neun Zehntel der Bevölkerung versichert oder als Familienmitglied anspruchsberechtigt — 1994 rund 21 Mrd. DM auf, die Bruttoeinkünfte aus selbständiger zahnärztlicher Tätigkeit betragen 9 Mrd. DM.

Je Praxisinhaber belief sich der Einnahmenüberschuß auf 198 000 DM (Westdeutschland) und 146 000 DM (Ostdeutschland). Doch streuen die Einkünfte beträchtlich. Auch zeigt sich, daß die Einkünfte der Zahnärzte in den letzten Jahren nicht so stark wie die der übrigen Ärzte und auch nicht so stark wie in der Gesamtwirtschaft gestiegen sind.

Die hier vorgelegten Daten entstammen Statistiken der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung² sowie des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung³.

Zahl der Zahnärzte und Patientenpotential

1994 arbeiteten in Deutschland rund 48 000 Zahnärzte in freier Niederlassung, davon nicht ganz vier Fünftel im alten und etwas mehr als ein Fünftel im neuen Bundesgebiet (Tabelle 1). Weitere 8 000 Zahnärzte waren als Assistenten in freier Praxis oder als Praxisvertreter tätig, reichlich 3 000 im staatlichen Gesundheitswesen.

Die Entwicklung der Zahnärztezahls hat sich nach der exorbitant starken Zunahme, die Ende 1992 und Anfang

1993 zu verzeichnen war, deutlich abgeschwächt. Seinerzeit war es aufgrund einer Bestimmung des Gesundheitsstrukturgesetzes⁴ zu einer „Niederlassungswelle“ gekommen (Schaubild 1): Diejenigen Mediziner, die bis Ende Januar 1993 die Zulassung als Vertragspartner der gesetzlichen Krankenversicherung beantragt hatten, unterlagen noch nicht den strengen Zulassungsbeschränkungen, die das Gesetz mit sich brachte⁵. Für spätere Zulassungsanträge wurden restriktive Bestimmungen⁶ wirksam. Inzwischen sind vielerorts Zulassungssperren für Vertragszahnärzte⁷ ausgesprochen worden, weil der allgemeine bedarfsgerechte Versorgungsgrad überschritten ist. Dennoch hat die Zahl der niedergelassenen Zahnärzte 1994 zugenommen, in Westdeutschland um 4 vH und in Ostdeutschland um 5 vH.

Die Zahnärztdichte — die Zahl der Zahnärzte je 100 000 Einwohner — ist seit langem gestiegen; die Versorgung der Bevölkerung mit Zahnärzten hat sich kontinuierlich verbessert⁸. Im Jahre 1980 belief sich das Patientenpotential je Zahnarzt in Westdeutschland auf 1 800 Perso-

Tabelle 1

Zahl der Zahnärzte
Jahresdurchschnitt

Jahr	Nieder- gelassene Zahnärzte	Weitere behandelnd tätige Zahnärzte	Zusammen	Nachrichtlich: Einwohner je behandelnd tätigen Zahnarzt
1980	27 574	6 945	34 519	1 784
1981	27 872	6 843	34 715	1 777
1982	28 404	6 912	35 316	1 745
1983	28 843	7 154	35 997	1 706
1984	29 195	7 137	36 332	1 684
1985	29 715	6 934	36 649	1 665
1986	30 402	7 067	37 469	1 630
1987	31 087	7 340	38 427	1 589
1988	31 687	7 534	39 221	1 567
1989	32 267	7 964	40 231	1 543
1990	32 795	8 487	41 282	1 532
1991 ¹⁾	42 631	11 917	54 548	1 466
1992	43 952	11 761	55 713	1 447
1993	46 047	11 227	57 274	1 417
1994	47 969	10 774	58 743	1 386

¹⁾ Ab 1991 einschließlich neue Länder und Berlin-Ost.

Quellen: Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung, Köln (Hrsg.): KZBV Jahrbuch 95. Statistische Basisdaten zur vertragszahnärztlichen Versorgung; Berechnungen des DIW.

¹ Der Kürze halber werden in diesem Bericht nur männliche Berufsbezeichnungen verwendet. Von Frauen betrieben werden 31 vH der zahnmedizinischen Praxen. Vgl. Lucina Simon und Willi Oberlander: Frauen und Selbständigkeit — Chancen in Freien Berufen. In: BFB-Jahrbuch 1995, S. 21 ff.

² KZBV Jahrbuch 95. Statistische Basisdaten zur vertragszahnärztlichen Versorgung.

³ Arbeits- und Sozialstatistik. Hauptergebnisse 1995.

⁴ Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheitsstrukturgesetz) vom 21. Dezember 1992. BGBl. I, S. 2266 ff.

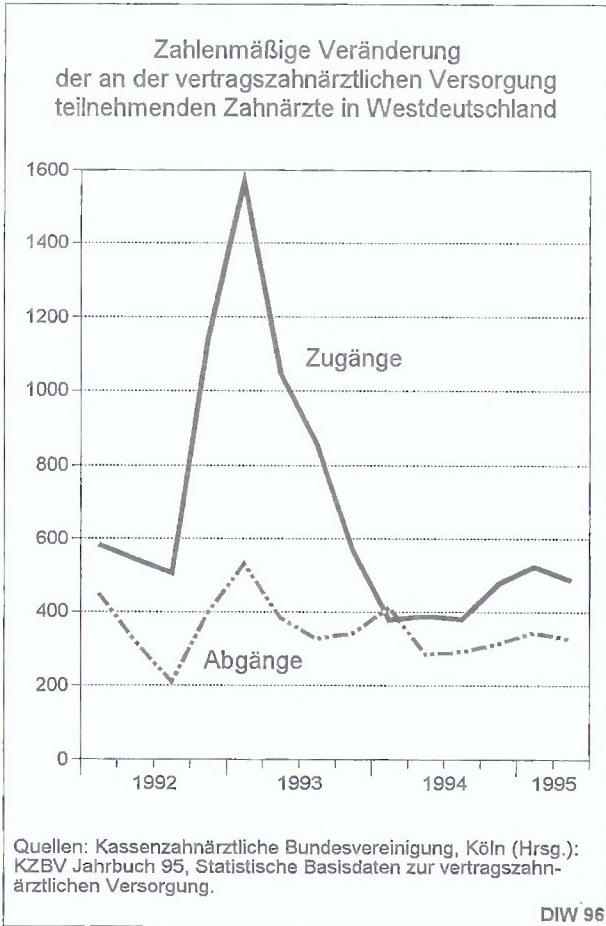
⁵ Artikel 33 § 3 des Gesundheitsstrukturgesetzes, a.a.O.

⁶ §103 5. Sozialgesetzbuch (SGB) — Gesetzliche Krankenversicherung — vom 20. Dezember 1988. BGBl. I, S. 2477 ff.

⁷ Vgl. Paul Lubecki: Anstieg der Zahnärztezahlen — Erste Zulassungssperren. In: DOK, Heft 17/1994, S. 570.

⁸ Vgl. Thomas Neumann: Zahnmedizinische Versorgung in Deutschland: Personelle Infrastruktur. In: DOK, Heft 4/1996, S. 116 ff.

Schaubild 1



nen; 1994 hatte ein Zahnarzt im alten Bundesgebiet durchschnittlich nur noch 1 400, in den Stadtstaaten sogar nur knapp 1 100 Einwohner zu versorgen. In den neuen Ländern kamen auf einen Zahnarzt 1 300 potentielle Patienten.

Ausgaben für Gesundheit

Als Ausgaben für die Gesundheit — neben Krankheitskosten auch Aufwendungen für vorbeugende Maßnahmen und Rehabilitation — werden im Sozialbudget für 1994 rund 373 Mrd. DM nachgewiesen (Tabelle 2). Dieser Betrag machte ein Viertel der gesamten Sozialleistungen aus und stellte nach den Ausgaben für den Funktionsbereich „Alter und Hinterbliebene“ den zweithöchsten Posten des Sozialbudgets. Er wurde gegenüber 1993 um 6 vH ausgeweitet; je Einwohner nahmen die Gesundheitsausgaben um 5 vH zu. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung — bei ihr sind neun Zehntel der Bevölkerung⁹ versichert oder als Familienmitglied anspruchsberechtigt — fielen 1994 mit 234 Mrd. DM indes um 11 vH höher aus als im Jahr davor¹⁰ (Tabelle 3); für Westdeutschland errechnet sich ein Zuwachs von 10 vH, für Ostdeutschland eine Steigerung von 16 vH. 1993 hatte das Gesundheitsstrukturgesetz die Kostenexpansion im Gesundheitswesen spürbar gebremst, doch war diese Ent-

⁹ Knapp ein Zehntel der Einwohner sind Mitglied einer privaten Krankenversicherung; lediglich 0,2 vH der Bevölkerung haben keinen Krankenversicherungsschutz.

¹⁰ Hinter dieser Veränderungsrate steht eine Zunahme der Ausgaben von 22 Mrd. DM, hinter der der Ausgaben für Gesundheit nach den vorläufigen Angaben des Sozialbudgets eine Zunahme von 20 Mrd. DM. Eine Korrektur des Sozialbudgets ist zu erwarten.

Tabelle 2

Leistungen des Sozialbudgets nach Funktionen¹⁾
in Mrd. DM

Jahr	Ehe und Familie	Gesundheit	Beschäftigung	Alter und Hinterbliebene	Folgen politischer Ereignisse	Wohnen	Sparen und Vermögensbildung	Allgemeine Lebenshilfen	Zusammen	Nachrichtlich: Sozialleistungsquote ²⁾ in vH
1980	68,6	155,2	27,9	188,8	8,2	10,4	18,7	2,2	479,9	32,6
1981	72,8	165,1	36,5	198,4	7,9	11,5	19,3	2,3	513,7	33,5
1982	71,0	167,5	43,6	209,5	7,3	9,6	18,9	2,3	529,8	33,4
1983	70,8	171,1	45,8	215,3	6,8	10,4	18,4	2,6	541,1	32,4
1984	71,8	183,7	43,0	222,5	6,2	11,0	17,6	4,1	559,9	32,0
1985	72,2	193,3	44,3	231,9	5,4	11,1	16,7	3,6	578,4	31,7
1986	82,2	204,9	46,5	240,8	4,9	12,4	16,2	2,6	610,5	31,7
1987	86,1	215,5	50,6	251,0	4,3	12,2	16,4	2,4	638,4	32,1
1988	86,4	227,5	53,9	262,4	4,0	11,5	15,9	2,7	664,4	31,7
1989	90,4	229,9	53,6	273,7	4,1	11,0	16,6	3,8	682,9	30,7
1990	92,6	244,3	58,0	288,4	4,2	11,7	15,3	3,0	717,6	29,6
1991 ³⁾	115,7	305,7	90,3	345,3	4,4	13,2	16,3	3,2	894,1	31,3
1992	129,8	344,7	109,4	381,5	4,6	15,3	17,3	3,6	1 006,2	32,7
1993	132,1	353,1	126,6	407,5	4,8	14,5	18,3	4,0	1 060,8	33,6
1994	132,7	373,1	125,0	433,7	5,2	14,0	18,8	3,7	1 106,2	33,3

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Leistungen des Sozialbudgets im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. — ³⁾ Ab 1991 einschließlich neue Länder und Berlin-Ost.

Quellen: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Arbeits- und Sozialstatistik (mehrere Jahrgänge); Berechnungen des DIW.

Tabelle 3

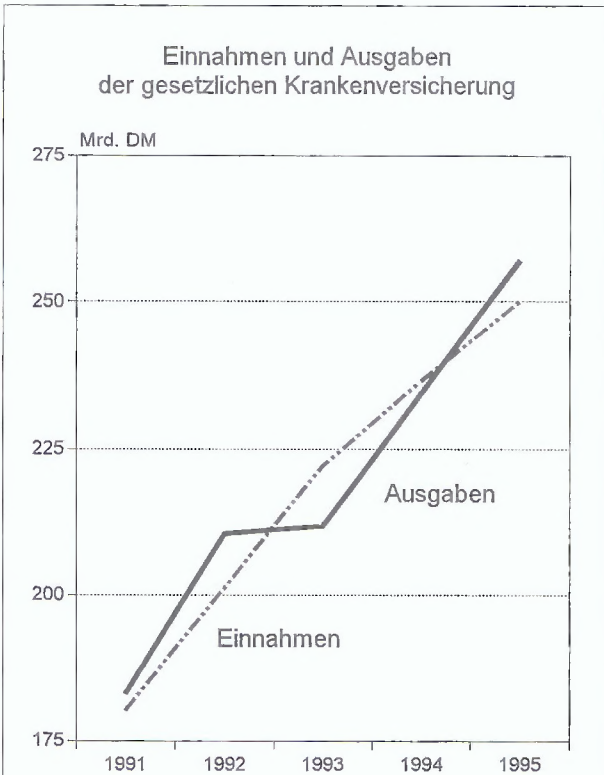
Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung¹⁾
in Mrd. DM

Jahr	Stationäre Krankenhausbehandlung	Ärztliche ambulante Behandlung	Zahnärztliche Behandlung und Zahnersatz					Zusammen	Arzneimittel	Krankengeld	Sonstige Ausgaben	Zusammen
			Konservierend chirurgische Behandlung	Zahnersatz	Kieferorthopädie	Parodontalbehandlung und sonstige zahnärztliche Leistungen	Zusammen					
1980	25,2	15,4	3,9	7,4	1,3	0,3	12,9	12,6	6,7	17,2	89,8	
1981	27,0	16,5	4,3	8,1	1,3	0,4	14,1	13,6	6,4	18,8	96,4	
1982	29,2	16,9	4,6	7,0	1,3	0,2	13,1	13,8	5,9	18,4	97,2	
1983	30,5	17,8	4,7	6,7	1,3	0,2	12,9	14,5	5,8	19,3	100,7	
1984	32,4	18,9	4,9	7,3	1,4	0,3	13,9	15,5	6,3	21,6	108,7	
1985	34,0	19,7	4,9	7,7	1,4	0,3	14,3	16,6	6,4	23,1	114,1	
1986	36,5	20,3	5,5	6,9	1,4	0,3	14,1	17,6	6,9	24,5	119,9	
1987	38,2	21,0	5,6	6,3	1,4	0,3	13,7	18,9	7,4	25,9	125,0	
1988	39,5	21,7	5,9	9,7	1,4	0,4	17,3	20,4	7,8	27,7	134,4	
1989	40,8	22,7	6,0	4,9	1,3	0,4	12,6	20,2	7,8	25,9	129,9	
1990	44,6	24,4	6,4	4,8	1,3	0,4	13,0	21,8	8,8	29,0	141,7	
1991 ²⁾	57,1	30,1	8,7	6,8	1,5	0,5	17,5	28,5	11,3	38,6	183,0	
1992	64,3	33,4	10,1	9,5	1,8	0,7	22,1	32,5	12,6	45,6	210,5	
1993	68,5	35,1	10,0	6,1	1,7	1,1	19,0	27,5	13,0	48,7	211,8	
1994	74,6	36,9	10,3	7,0	1,9	1,5	20,6	29,2	16,0	57,1	234,3	

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Ab 1991 einschließlich neue Länder und Berlin-Ost.

Quellen: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Arbeits- und Sozialstatistik (mehrere Jahrgänge); Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung, Köln (Hrsg.): KZBV Jahrbuch 95. Statistische Basisdaten zur vertragszahnärztlichen Versorgung.

Schaubild 2



Quellen: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1995; Berechnungen des DIW.

DIW 96

wicklung nicht von Dauer. Im letzten Jahr sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung den Einnahmen erneut davongeeilt (Schaubild 2).

Für die Behandlung durch Zahnärzte gaben die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung 1994 rund 14 Mrd. DM aus (+ 5 vH), für Zahnersatz 7 Mrd. DM (+ 15 vH). In den alten Bundesländern sind die Ausgaben für zahnärztliche Behandlung und Zahnersatz um 8 vH, in den neuen Ländern um 9 vH gestiegen. In beiden Teilen Deutschlands nahmen sie also schwächer zu als die übrigen Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung¹¹

Einnahmen aus selbständiger zahnärztlicher Tätigkeit und Betriebsausgaben

Die Praxiseinnahmen aus selbständiger zahnärztlicher Tätigkeit (von Kassen- und Privatpatienten zusammen) beliefen sich 1994 auf knapp 31 Mrd. DM; sie fielen um 3 Mrd. DM höher aus als 1993 (Tabelle 4). Im alten Bundesgebiet nahmen die Einnahmen um 10 vH, in den neuen Ländern um 14 vH zu.

Die Betriebsausgaben der niedergelassenen Zahnärzte in Deutschland stiegen gegenüber 1993 um 2 Mrd. DM auf 22 Mrd. DM, und zwar in Westdeutschland um 8 vH, in Ostdeutschland um 16 vH. Überdurchschnittlich stark erhöhten sich dabei die Ausgaben für Fremdlaborarbeiten und die Personalkosten. Im Durchschnitt arbeiteten 1994

¹¹ Sowohl im alten als auch im neuen Bundesgebiet schlugen kräftige Steigerungen beim Krankengeld, bei Kuren sowie bei Heil- und Hilfsmitteln zu Buche.

Tabelle 4

Einnahmen, Betriebsausgaben und Bruttoeinkünfte der niedergelassenen Zahnärzte¹⁾

Jahr	Einnahmen aus selbständiger zahnärztlicher Tätigkeit	Betriebsausgaben							Einnahmenüberschuß (Bruttoeinkünfte)	
		Personalausgaben	Ausgaben für Fremdlaborarbeiten	Materialausgaben	Raumkosten	Zinsen für Praxisdarlehen	Abschreibungen	Sonstige Betriebsausgaben		Zusammen
in Mrd. DM										
1980	15,8	2,4	4,0	1,2	0,4	0,4	0,4	1,0	9,7	6,1
1981	17,3	2,7	4,8	1,1	0,4	0,4	0,4	1,1	11,0	6,3
1982	17,4	3,0	4,2	1,0	0,5	0,5	0,5	1,2	10,9	6,5
1983	16,8	3,1	4,0	1,0	0,5	0,5	0,6	1,2	10,9	5,9
1984	17,9	3,3	4,4	1,1	0,6	0,5	0,6	1,4	11,7	6,2
1985	18,3	3,4	4,5	1,0	0,6	0,5	0,7	1,4	12,1	6,2
1986	18,3	3,5	4,3	1,0	0,7	0,5	0,7	1,5	12,0	6,2
1987	17,6	3,4	4,1	0,9	0,7	0,5	0,7	1,4	11,7	5,9
1988	20,4	3,7	5,7	1,2	0,7	0,5	0,8	1,6	14,2	6,2
1989	20,7	3,9	4,4	1,1	0,8	0,6	0,8	1,7	13,3	7,4
1990	18,8	3,9	4,1	1,0	0,8	0,6	0,9	1,4	12,8	6,0
1991 ²⁾	23,6	4,7	5,6	1,3	0,9	0,8	1,3	1,7	16,3	7,3
1992	28,9	5,4	7,8	1,5	1,1	1,0	1,7	2,0	20,4	8,5
1993	27,9	5,6	6,7	1,5	1,2	1,1	1,8	2,1	19,9	7,9
1994	30,7	6,1	7,7	1,5	1,3	1,1	1,9	2,2	21,8	9,0
in DM je Praxisinhaber										
1980	574 100	88 100	143 300	44 600	14 900	12 700	13 400	34 800	351 800	222 300
1981	620 300	97 600	170 800	39 800	15 800	15 800	15 400	40 900	396 100	224 200
1982	612 600	104 900	147 900	35 600	16 900	17 300	17 600	42 200	382 300	230 200
1983	582 500	108 900	139 000	35 700	18 400	15 600	19 100	42 000	378 600	203 900
1984	613 800	111 700	149 000	36 300	19 500	16 400	20 600	46 900	400 400	213 400
1985	615 500	114 100	149 800	34 700	20 500	16 500	22 200	48 500	406 200	209 300
1986	600 300	113 800	140 800	31 900	21 400	15 800	23 000	48 400	395 000	205 200
1987	564 900	108 700	131 200	29 900	22 200	15 400	23 800	43 700	375 100	189 800
1988	642 500	115 200	181 100	37 600	22 700	15 500	24 300	51 100	447 500	195 000
1989	640 900	119 600	137 300	34 400	23 600	17 000	25 700	53 300	410 900	230 000
1990	573 000	119 800	124 100	31 700	24 700	19 200	27 400	42 400	389 400	183 600
1991 ²⁾	553 800	109 300	132 300	30 700	22 000	18 800	31 200	38 900	383 300	170 500
1992	657 800	123 100	177 200	33 900	25 000	22 500	38 500	44 400	464 600	193 200
1993	604 800	121 400	145 300	32 400	26 500	22 800	38 400	45 800	432 600	172 200
1994	640 600	127 200	160 500	32 100	27 100	22 500	38 600	45 900	453 800	186 800

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Ab 1991 einschließlich neue Länder und Berlin-Ost.

Quellen: Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung, Köln (Hrsg.): KZBV Jahrbuch 95. Statistische Basisdaten zur vertragszahnärztlichen Versorgung; Berechnungen des DIW.

in 100 westdeutschen Zahnarztpraxen 487 Angestellte, darunter 258 Zahnarthelferinnen, 18 Assistenz Zahnärzte, 19 Zahntechniker und 95 Auszubildende; in 100 ostdeutschen Praxen waren 377 Arbeitnehmer beschäftigt, darunter 201 Zahnarthelferinnen, 9 Assistenz Zahnärzte, 10 Zahntechniker und 80 Auszubildende. Die Personalkosten je ostdeutsche Zahnarztpraxis lagen um rund die Hälfte, die Kosten je Arbeitnehmer um ein Drittel unter den westdeutschen Vergleichswerten.

Die Bruttoeinkünfte aus selbständiger zahnärztlicher Tätigkeit ergeben sich nach Abzug der Betriebsausgaben

von den Einnahmen. Sie betragen 1994 rund 9 Mrd. DM — das war 1 Mrd. DM mehr als im Jahr davor. In beiden Teilen Deutschlands belief sich der Überschuß auf knapp ein Drittel der Praxiseinnahmen. Im früheren Bundesgebiet erhöhte sich der Einnahmenüberschuß um 14 vH, in den neuen Ländern um 9 vH.

Im Jahre 1994 betragen die Einnahmen je Praxisinhaber 678 000 DM (Westdeutschland) und 506 000 DM (Ostdeutschland), die Betriebsausgaben 480 000 DM (Westdeutschland) und 360 000 DM (Ostdeutschland), die Bruttoeinkünfte aus selbständiger zahnärztlicher Tätigkeit

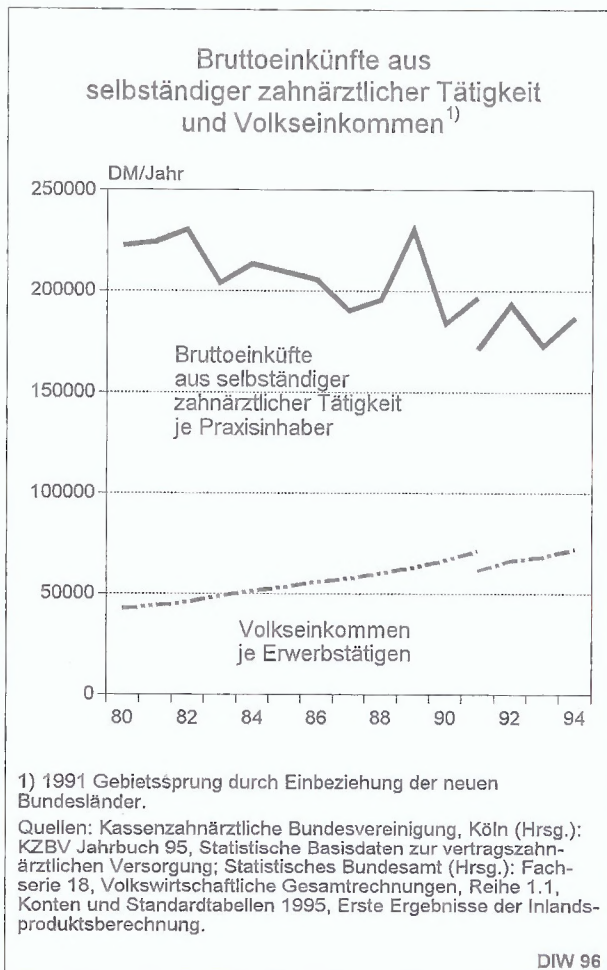
— vor Abzug von Einkommensteuer sowie von Aufwendungen für die Alters- und Hinterbliebenenvorsorge — 198 000 DM (Westdeutschland) und 146 000 DM (Ostdeutschland). Durchschnittlich verdiente ein freiberuflich tätiger Zahnarzt im neuen Bundesgebiet also rund ein Viertel weniger als sein westdeutscher Berufskollege. Das je Arbeitsstunde erzielte Einkommen eines ostdeutschen Zahnarztes blieb um 30 vH hinter dem westdeutschen Vergleichswert zurück; in den neuen Ländern arbeitet ein Zahnarzt im Durchschnitt etwa drei Stunden pro Woche mehr als im alten Bundesgebiet.

Im Vergleich zu 1993 nahmen die durchschnittlichen Bruttoeinkünfte aus selbständiger zahnärztlicher Tätigkeit 1994 um 9 vH (Westdeutschland) und 4 vH (Ostdeutschland) zu. Im Jahr davor waren sie allerdings um 11 vH (Westdeutschland) und 9 vH (Ostdeutschland) geschrumpft. Das hohe Niveau der Einnahmen im Jahre 1992 wurde nicht erreicht. Doch muß der „Vorzieheffekt“, der durch das Gesundheitsstrukturgesetz¹² ausgelöst wurde, in Rechnung gestellt werden: Damals wurde der von den Krankenkassen gezahlte Zuschuß zu den Kosten zahnärztlicher Behandlung und zahntechnischer Leistungen auf die „medizinisch notwendige“ Versorgung mit Zahnersatz beschränkt; für aufwendigen Zahnersatz gibt es keine Zuschüsse mehr. Bevor das Gesetz Anfang 1993 in Kraft trat, war die Nachfrage nach Prothetikleistungen besonders kräftig in die Höhe geschneit, was sich auch in den Einnahmen der Zahnarztpraxen niederschlug.

Beim Auf und Ab in der Entwicklung des Durchschnittseinkommens der niedergelassenen Zahnärzte ist ein rückläufiger Trend nicht zu verkennen. Dagegen hat das Volkseinkommen je Erwerbstätigen trendmäßig zugenommen (Schaubild 3). Bezogen auf das jeweilige durchschnittliche Primäreinkommen aller Erwerbstätigen erzielten die Zahnärzte in Westdeutschland 1980 das Fünffache, 1985 das Vierfache, 1990 knapp das Dreifache und 1994 das Zweieinhalbfache. In den neuen Ländern lag das Einkommen der Zahnärzte 1994 dreimal so hoch wie das aller Erwerbstätigen.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß ein derartiger überschlägiger Einkommensvergleich unter einer Reihe von Vorbehalten steht¹³. Doch selbst wenn man die Einkommensentwicklung der Zahnärzte mit gleichqualifizierten Berufsgruppen — etwa Fachärzten — vergleicht, zeigt sich, daß die Einkommensposition der Zahnmediziner tendenziell schlechter geworden ist. 1980 wurde ihr Durchschnittseinkommen nur von dem der Radiologen, Hals-, Nasen- und Ohrenärzte sowie Orthopäden übertroffen; bis 1987 waren die Urologen und Augenärzte, bis 1991 die Gynäkologen, Hautärzte, Neurologen und Internisten, bis 1993 — neuere Vergleichszahlen liegen nicht vor — auch die Chirurgen mit ihrem Einkommen an dem der Zahnärzte „vorbegezogen“, das nun nur noch über dem der Kinder- und Allgemeinärzte lag¹⁴.

Schaubild 3



Einkommensschichtung der niedergelassenen Zahnärzte

Hinter den durchschnittlichen Einkommensbeträgen der niedergelassenen Zahnärzte steht eine beträchtliche Streuung. Reichlich ein Viertel der westdeutschen und ein Drittel der ostdeutschen Zahnärzte erzielten 1994 Bruttoeinkünfte aus ihrer selbständigen Tätigkeit von weniger als 100 000 DM (Tabelle 5). Für die Hälfte der Zahnärzte überschritten die Einkünfte den Betrag von 174 000 DM (Westdeutschland) bzw. 130 000 DM (Ostdeutschland) nicht. Sowohl im alten als auch im neuen Bundesgebiet erreichten 56 vH der niedergelassenen Zahnärzte Jahreseinkünfte, die hinter den Durchschnittsbeträgen von 198 000 DM und 146 000 DM zurückblieben. Nur ein Fünftel der westdeutschen und knapp ein Zehntel der ostdeutschen Zahnmedi-

¹² Artikel 1 Nr. 17 des Gesundheitsstrukturgesetzes, a.a.O.

¹³ Vgl. Das Einkommen der freiberuflich tätigen Zahnärzte nach Inkrafttreten des Gesundheitsstrukturgesetzes. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 7/1995, S. 174 ff.

¹⁴ Quelle: KZBV-Argumente, Nr. 7/1995.

Tabelle 5

**Einkommenschichtung
der niedergelassenen Zahnärzte 1994
nach der Höhe ihrer Bruttoeinkünfte
aus selbständiger zahnärztlicher Tätigkeit
Jahresdurchschnitt**

Einnahmenüberschuß (Bruttoeinkünfte) von ... bis unter ... DM	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland
Anzahl			
unter 50 000	6 321	1 696	8 017
50 000 ... 100 000	4 252	1 779	6 031
100 000 ... 150 000	5 606	2 566	8 172
150 000 ... 200 000	5 080	1 769	6 849
200 000 ... 250 000	5 004	869	5 873
250 000 ... 300 000	3 988	838	4 826
300 000 ... 350 000	2 333	507	2 840
350 000 ... 400 000	1 580	186	1 766
400 000 ... 450 000	1 467	31	1 498
450 000 ... 500 000	527	62	589
500 000 oder mehr	1 467	41	1 508
Zusammen	37 625	10 344	47 969
Anteile in vH			
unter 50 000	16,8	16,4	16,7
50 000 ... 100 000	11,3	17,2	12,6
100 000 ... 150 000	14,9	24,8	17,0
150 000 ... 200 000	13,5	17,1	14,3
200 000 ... 250 000	13,3	8,4	12,2
250 000 ... 300 000	10,6	8,1	10,1
300 000 ... 350 000	6,2	4,9	5,9
350 000 ... 400 000	4,2	1,8	3,7
400 000 ... 450 000	3,9	0,3	3,1
450 000 ... 500 000	1,4	0,6	1,2
500 000 oder mehr	3,9	0,4	3,1
Zusammen	100,0	100,0	100,0
<i>Quellen:</i> Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung, Köln (Hrsg.): KZBV Jahrbuch 95. Statistische Basisdaten zur vertragszahnärztlichen Versorgung; Berechnungen des DIW.			

ziner erzielten 1994 Bruttoeinkünfte aus ihrer freiberuflichen Tätigkeit von mehr als 300 000 DM.

Die Disparität der Einkommensverteilung war 1994 in den neuen Ländern (noch) geringer als im alten Bundesgebiet. Das sieht man etwa daran, daß auf das unterste Quintil der Zahnärzte in Westdeutschland 1 vH und in Ostdeutschland 2 vH, auf das oberste Quintil in Westdeutschland 45 vH und in Ostdeutschland 41 vH der jeweiligen Bruttoeinkünfte entfielen. Die Gini-Koeffizienten der Verteilung betragen 0,43 (Westdeutschland) und 0,37 (Ostdeutschland).

Im Vergleich zu 1993 ist es in der Einkommenschichtung der niedergelassenen Zahnärzte zu Verschiebungen gekommen. Augenfällig verringert hat sich die Besetzung im unteren Einkommensbereich. Wohl mancher der Zahnmediziner, die sich zur Jahreswende 1992/93 selbständig gemacht haben und deren Betriebsausgaben im ersten Jahr ihrer freiberuflichen Tätigkeit die Einnahmen überstiegen oder die — weil sie nicht sofort eine Praxis eröffneten oder übernahmen — 1993 nur einen Teil des Jahres Einkünfte aus selbständiger Arbeit bezogen, ist nun in den Bereich mittlerer Einkünfte gewechselt. Für nicht wenige dieser „Newcomer“ haben sich die Einkünfte 1994 überdurchschnittlich, für manchen „etablierten“ Zahnarzt dagegen unterdurchschnittlich entwickelt.

Im Bereich der Einkünfte von 300 000 DM bis unter 400 000 DM ist die Zahl der Zahnärzte sowohl im alten als auch im neuen Bundesgebiet gestiegen. Bei den hohen Einkommen (400 000 DM oder mehr) hat die Zahl in Westdeutschland zu, in Ostdeutschland abgenommen. Insgesamt waren 1994 hier 7,5 vH (1993: 6,5 vH) der niedergelassenen Zahnärzte zu finden.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutler, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Kurt Geppert und Dieter Teichmann.

Wie die ostdeutsche Industrie ihre Standortbedingungen sieht. Bearbeitet von Karl Brönke. —
Das Einkommen der freiberuflichen Zahnärzte 1994: Wirkung des Gesundheitsstrukturgesetzes läßt nach. Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304